

Antrag

der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Klaus Kinkel, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

50 Jahre Nordatlantisches Bündnis

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 4. April 1999 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Gründungstag der Nordatlantischen Allianz. Der Erfolg des Bündnisses läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß sich demokratische Staaten Europas und Nordamerikas nicht zu einer klassischen Militärallianz, sondern zu einer politischen Wertegemeinschaft verbunden haben, deren höchstes politisches Ziel eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa ist. Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheits- und Verteidigungsbündnis der Geschichte. Die Kombination aus militärischer Abschreckungsfähigkeit und dem Willen zu Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung war der Schlüssel zur Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung. Die Nordatlantische Allianz stützt die neuen Demokratien in Europa. Vor wenigen Wochen hat sie mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn drei neue Mitglieder aufgenommen, die für den demokratischen Wandel in Ostmitteleuropa stehen. Das Bündnis ist auch in Zukunft offen für den Beitritt weiterer Staaten. Es bleibt erfolgreicher Mitgestalter des politischen Wandels in Europa sowie Garant für Stabilität und Sicherheit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrer Entscheidung, zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Mitglied der NATO zu werden, verantwortlichen Gebrauch von der wiedergewonnenen Freiheit gemacht. Gleiches gilt für das kompromißlose Festhalten an der Bündnismitgliedschaft während des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung. Für uns Deutsche ist die Zugehörigkeit zu der auf Freiheit und Menschenwürde gegründeten westlichen Wertegemeinschaft ein unverzichtbarer Bestandteil unseres staatlichen Selbstverständnisses.

Wer Freiheit verwirklichen, bewahren und schützen will, braucht militärische Durchsetzungsfähigkeit. Eine Demokratie braucht deshalb Streitkräfte. Die Soldaten der Bundeswehr sind dazu da, unsere Bürger, unsere Gesellschaft in ihrer freiheitlichen Verfassung im Rahmen der NATO zu verteidigen. Und sie sind auch dazu da, im Rahmen der Völkergemeinschaft Menschen aus Notlagen zu retten, Konflikte zu verhüten und Krisen zu bewältigen. Die Eindämmung von Konflikten und die Verhinderung von Kriegen besitzen absolute Priorität.

Die Bundeswehr ist eine Armee im Bündnis, fest verankert in dessen Streben nach Freiheit und Frieden. Sie ist Teil unserer Gesellschaft und Ausdruck des Willens unserer Demokratie, ihre Freiheit und den Frieden zu bewahren. Der Dienst in der Bundeswehr ist deshalb unverändert Freiheits- und Friedensdienst. Die deutschen Soldaten sehen den Frieden als unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde, denn erst ein solches Leben verleiht dem Frieden einen Sinn.

Glaubwürdige Friedensbewahrung braucht vorausschauende Konfliktvermeidung, humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung. Glaubwürdige Friedensbewahrung bedeutet in letzter Konsequenz aber auch die Bereitschaft zu Kampfeinsätzen. Die Völkergemeinschaft muß internationalen Rechtsbrechern Grenzen setzen. Das Völkerrecht kann sich nicht selbst schützen, es muß von denen geschützt und durchgesetzt werden, die es tragen.

Vor 50 Jahren war das entscheidende Motiv der Gründung des Nordatlantischen Bündnisses: niemals wieder Krieg in Europa. Der europäische Einigungsprozeß basiert auf gleicher Motivation. Kriegerische Auseinandersetzungen sind heute zwischen den Mitgliedstaaten der EU undenkbar geworden. Spätestens seit dem Kosovokonflikt wissen wir, daß Kriege außerhalb der Stabilitätsgemeinschaft der Union aber wieder eine reale Bedrohung in Europa darstellen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, wie bisher die NATO in ihren Aufgaben Bündnisverteidigung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zu stärken;
2. an der Entwicklung des neuen strategischen Konzeptes des Nordatlantischen Bündnisses aktiv mitzuwirken, dabei jedoch einseitige, innenpolitisch motivierte Vorstöße, wie z. B. den Vorschlag zum Verzicht auf die Option zum nuklearen Ersteinsatz, zu unterlassen;
3. mit unveränderter Entschlossenheit Rüstungskontroll- und Abrüstungsanstrengungen zu unternehmen und Proliferation von Massenvernichtungsmitteln entgegenzutreten;
4. den Wünschen des NATO-Beitritts weiterer Staaten positiv gegenüber zu stehen, sich für sie einzusetzen, aber auch die Beziehungen zu den Ländern zu intensivieren, die gegenwärtig keinen Beitrittswunsch haben;
5. ihrer Verantwortung gegenüber den Soldaten unserer Streitkräfte gerecht zu werden und zukünftig auf weitere Kürzungen des Verteidigungshaushaltes zu verzichten. Die an Umfang und Risiko gestiegenen Einsät-

ze der Bundeswehr im Rahmen der Krisenbewältigung erfordern unverzüglich eine auftragsgerechte Struktur, modernste Ausrüstung und optimale Ausbildung. Nur so läßt sich der bestmögliche Schutz für Leib und Leben sicherstellen, den wir unseren Soldaten schulden.

Bonn, den 20. April 1999

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer

Dr. Klaus Kinkel
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion